



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 23. Dezember 2003 Nr. 4153

Strassenverkehr

Teilrevision des Reglements über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone) vom 15. Mai 1990 (sRS 712.2)

1 Ausgangslage

Am 15. Mai 1990 hat der Grosse Gemeinderat das geltende Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone) erlassen. Zwecks Entlastung stark belasteter Quartiere vom Parkierverkehr wurden mit diesem Reglement die Grundlagen geschaffen, das Abstellen von leichten Motorwagen und von Elektro- und Solarmobilen auf öffentlichem Grund örtlich und zeitlich zu beschränken, der Bewilligungspflicht sowie der Gebührenpflicht zu unterstellen. Gleichzeitig wurde ein Gebührenrahmen für die Gebührensatzung für Parkuhren, Park and Ride sowie für die Erweiterte Blaue Zone geschaffen.

Die Erfahrungen mit dem geltenden Reglement zeigen, dass dieses in einzelnen Punkten Anpassungen bzw. Ergänzungen bedarf. So ist dessen Zweckartikel zu eng formuliert. Er wird den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Nach Art. 2 des geltenden Reglements kann das Abstellen von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund zur Entlastung vom Parkierverkehr stark belasteter Quartiere der Bewilligungspflicht sowie der Gebührenpflicht unterstellt werden. Die heutige eidg. Strassenverkehrsgesetzgebung, der Massnahmenplan Luftreinhaltung sowie die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Umweltschutzgesetzgebung verlangen nach einer Ausdehnung des Zweckartikels, damit öffentliche Interessen verschiedener Art berücksichtigt werden können.

Das heutige Reglement weist Lücken auf, die einer Regelung bedürfen. So wurden bei Erlass des Reglements Lastwagen und Cars vom Geltungsbereich ausgenommen. Mit der Errichtung spezieller Car- und Lastwagenparkplätze soll deren Bewirtschaftung in Zukunft aber möglich sein. Heute fehlt auch eine Bestimmung, welche es der Polizei erlaubt, bei Anlässen mit hoher Besucherintensität Sonderparkierregelungen einzuführen, welche von der ordentlichen Signalisation und Markierung abweichen und welche eine Gebührenerhebung ermöglicht. In Zukunft soll es in besonderen Fällen auch möglich sein, die Einführung



der Erweiterten Blauen Zone an 365 Tagen im Jahr vorzusehen und damit das Regime der Erweiterten Blauen Zone bei Bedarf auf die Sonn- und Feiertage auszudehnen.

Mit der vorgeschlagenen Teilrevision des Reglements über das Parkieren auf öffentlichem Grund ist auch der seit 1990 unverändert geltende Gebührenrahmen anzupassen.

Es handelt sich bei der jetzigen Teilrevision um Lösungen für die jetzt anstehenden Probleme. Die inzwischen eingeleiteten Arbeiten zum Teilplan Verkehr können zu grundsätzlichen Fragen führen, die allenfalls eine weitere Revision dieses Reglementes notwendig machen.

2 Zu den einzelnen Bestimmungen

2.1 Geltungsbereich (Art. 1)

Das geltende Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone) ordnet "das Abstellen von leichten Motorwagen und von Elektro- und Solarmobilen auf öffentlichem Grund" (Art. 1). Andere Motorfahrzeuge, insbesondere Lastwagen und Cars, wurden bei Erlass des Reglements vom Geltungsbereich ausgenommen. Im Zusammenhang mit der Errichtung von speziellen Car- und Lastwagenparkplätzen soll indes auch deren Bewirtschaftung möglich sein, weshalb die bestehende Bestimmung entsprechend zu ergänzen ist. Es bietet sich dabei an, anstelle von „Motorwagen“, auf die bereits in Art. 48 der Signalisationsverordnung vom 5. September 1979 (SR 741.21; abgekürzt SSV) unter dem Titel "Parkieren" gewählte Formulierung „mehrspurige Motorfahrzeuge, Motorräder mit Seitenwagen und weitere Fahrzeuge mit ähnlichen Ausmassen“ zurückzugreifen.

Aufgrund von Missverständnissen in der Praxis ist es sinnvoll, die Regelung von Art. 79 Abs. 1 SSV, welche lautet: „Parkfelder dürfen nur von den Fahrzeugarten benützt werden, für die sie grössenmässig bestimmt sind“, im Parkierreglement nochmals aufzuführen.

2.2 Zweck (Art. 2)

Das eidgenössische Strassenverkehrsgesetz sieht vor, dass das Parkieren, soweit erforderlich, aus Gründen des Lärmschutzes, der Luftreinhaltung, der Verkehrssicherheit sowie aus anderen in den örtlichen Verhältnissen liegenden Gründen besonders geregelt werden kann (Art. 3 Abs. 4 SVG). Nach geltendem Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone) vom 15. Mai 1990 (sRS 712.2) kann in der Stadt St.Gallen das Abstellen von Fahrzeugen indessen "nur" zur Entlastung stark belasteter Quartiere vom Parkierverkehr im Sinne von Art. 3 Abs. 4 SVG örtlich und zeitlich beschränkt, der Bewilligungspflicht sowie der Gebührenpflicht unterstellt werden (Art. 2 "Zweckartikel"). Gemäss Vollzugsreglement des Stadtrates (Allgemeines Parkiergebührenreglement vom 14. Juli 1992;



sRS 712.21) sind aufgrund dessen in erster Linie die Parkplätze im Stadtzentrum und nur beschränkt die Parkplätze im übrigen Stadtgebiet zu bewirtschaften.

Die örtliche und zeitliche Beschränkung des Abstellens von Fahrzeugen auf öffentlichem Grund soll in Zukunft jedoch nicht nur zur Entlastung der vom Parkerverkehr stark belasteten Quartiere möglich sein. Mit der Formulierung „im öffentlichen Interesse“ soll dem Stadtrat für den Vollzug dieses Reglements ein Ermessensspielraum gegeben werden, welcher es ermöglicht, öffentliche Interessen verschiedenster Art (z.B. Situationen in Wohnquartieren, in der Innenstadt, Naherholungsgebiete und bezüglich Umweltschutz) zu berücksichtigen und eine ganzheitliche Interessenabwägung vorzunehmen.

2.3 Parkuhren, Ticketsysteme oder dergleichen (Art. 3)

Aufgrund des stetigen Wandels der technischen Möglichkeiten ist der Wortlaut „Parkuhren/Ticketautomaten“ zu eng gefasst.

Gemäss der Normierung des Schweizerischen Verbandes der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) wird zwischen den Bezeichnungen „Parkfeld“ und „Parkplatz“ unterschieden (vgl. SN 640 290 „Parkieren“). Danach gilt als Parkfeld eine markierte Fläche für das Abstellen eines Fahrzeuges, während als Parkplatz eine Parkieranlage mit abgegrenzten Gruppen von Parkfeldern und den nötigen Verkehrs- und Manövriertflächen bezeichnet wird. Entsprechend sollen die Bezeichnungen bei der Teilrevision Parkierreglement überprüft und angepasst werden (vgl. neu Art. 3 Abs. 1 und Art. 10).

2.4 Blaue Zone (Art. 4)

Zur Entlastung der vom Parkerverkehr stark belasteten Quartiere soll im Bedarfsfall eine Ausdehnung des Regimes der Blauen Zone auf die Sonn- und Feiertage möglich sein.

2.5 Erweiterte Blaue Zone (Art. 5)

Bleibt inhaltlich unverändert bei geschlechtsneutraler Formulierung.

2.6 EBZ-Bewilligungen (Art. 6)

Art. 5 ff. des geltenden Reglements regeln das Parkieren in der Erweiterten Blauen Zone (EBZ). Gemäss Art. 6 Abs. 3 sind sämtliche EBZ-Bewilligungen von der Polizei auf das Kontrollschild auszustellen. Diese Regelung ist im Bereich der privilegierten Bewilligungen für Anwohnende zweckmässig, da vor Ausgabe der Bewilligung die Berechtigung zu deren Be-



zug, nämlich die Eigenschaft des Anwohners bzw. der Anwohnerin, festgestellt werden muss. Im Bereich der Bewilligungen für Pendler bzw. Pendlerinnen und Besucher bzw. Besucherinnen hingegen sind vorgängige Abklärungen durch die Polizei nicht notwendig. Um in Zukunft eine flexible Handhabung bezüglich Erscheinungsbild, Inhalt und Ausgabe der Bewilligungen zu gewährleisten, sollen diesbezügliche Einzelheiten durch den mit dem Vollzug des Reglements beauftragten Stadtrat geregelt werden.

2.7 EBZ-Bewilligungen: Anwohnende (Art. 7)

Gemäss Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 22. August 1989 „Parkierkonzept – Erlass eines Reglements über das Abstellen von Motorwagen und Anhänger auf öffentlichem Grund (Parkierreglement)“ sollen natürliche Personen, die einen Betrieb im Sektor führen, bezogen auf das für ihren persönlichen Gebrauch bestimmte Fahrzeug, wie Anwohnende behandelt werden. Solche Personen können sowohl Betriebsinhaber und Betriebsinhaberinnen als auch Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen sein. Mit der Bezeichnung „die geschäftsführende Person“ kann dem eigentlichen Zweck dieser Bestimmung besser entsprochen werden (vgl. neu Art. 7 Abs. 2).

2.8 EBZ-Bewilligungen: Umfang der Berechtigung (Art. 10)

Vgl. Ausführungen bezüglich der Bezeichnungen „Parkfeld“ und „Parkplatz“ im Abschnitt „Mittel – Parkuhren, Ticketsysteme oder dergleichen (Art. 3)“.

2.9 EBZ-Bewilligung: Manipulation von EBZ-Bewilligungen (Art. 12)

Diese Strafbestimmung wurde mit Nachtrag III vom 23. Mai 2000 in das Polizeireglement vom 20. Oktober 1964 (sRS 412.11) aufgenommen. Diese Bestimmung soll aufgrund der Materie im Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund geregelt werden.

2.10 Sonderregelungen (Art. 13)

Die Stadt St.Gallen zieht mit verschiedenen Anlässen (Fussballspiele, Olma Messen, etc.) Besucher und Besucherinnen aus der näheren und weiteren Umgebung an. Die bestehende städtische Parkierorganisation trägt der Alltagssituation Rechnung, genügt aber bei Anlässen mit einer hohen Besucherintensität regelmässig insofern nicht mehr, als die Polizei gezwungen ist, Sonderparkierregelungen einzuführen, welche von der ordentlichen Signalisation und Markierung abweichen. Es ist dabei in solchen Fällen fraglich, ob heute eine genügende rechtliche Grundlage für die Erhebung einer Gebühr besteht. Die Nichterhebung einer Ge-



bühr ist indessen im Sinne des Gleichheitsgebots stossend, führt sie doch zu einer unterschiedlichen Behandlung der Parkierenden, indem die gewissermassen "Rechtzeitigen" in Benutzung der regulären Parkplätze die ordentliche Parkgebühr zu entrichten haben, die "Späten" aber im Rahmen einer Sonderparkierregelung gänzlich gebührenfrei davonkommen. Angesichts dessen ist eine Bestimmung ins neue Reglement aufzunehmen, welche die polizeiliche Anordnung von Sonderparkierregelungen unter Gebührenerhebung ermöglicht (vgl. hierzu neu Art. 13 Abs. 2 und 3). Des weiteren ist es bei Anlässen mit einer hohen Besucherattraktion zur Entlastung der vom Parkierverkehr stark belasteten Quartiere oftmals erforderlich, die Beschränkung der Parkzeit der Blauen Zone vorübergehend auf die Sonn- und Feiertage auszudehnen (vgl. hierzu neu Art. 4 Abs. 2).

2.11 Gebührenrahmen (Art. 14)

Der im geltenden Reglement festgelegte Gebührenrahmen gilt unverändert seit 1990. Seit-her ist der Landesindex der Konsumentenpreise um 23 % gestiegen. Aus diesem Grund rechtfertigt sich eine Anpassung des Gebührenrahmens.

2.11.1 Parkuhren, Ticketsysteme oder dergleichen

Der Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise seit 1990 entspricht einer Erhöhung des Maximalansatzes für Parkuhren, Ticketsystemen oder dergleichen von CHF 2/Std. auf CHF 2.50/Std. Durch eine Erhöhung des Maximalansatzes soll auch die Möglichkeit bestehen, die Gebühren künftig der Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen. Aus diesen Gründen rechtfertigt sich die Anhebung des Maximums auf CHF 3 je Stunde (vgl. neu Art. 14 Abs. 1 Ziff. 1 lit. a)

Im Zusammenhang mit der Errichtung von speziellen Car- und Lastwagenparkplätzen scheint auch deren Bewirtschaftung angebracht. Der Gebührenrahmen wird entsprechend ergänzt (vgl. neu Art. 14 Abs. 1 Ziff. 1 lit. b).

2.11.1.1 Park and Ride

Analog zu den Ansätzen für Parkuhren und Ticketsysteme rechtfertigt sich eine Erhöhung des Maximalansatzes von CHF 10 auf CHF 15 bei Tages-/Mehrstundenkarten bzw. von CHF 40 auf CHF 60 bei Monatskarten. Dadurch wird es auch in Zukunft möglich sein, die Gebühren der Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen. Der Gebührenrahmen ist entsprechend anzupassen (vgl. neu Art. 14 Abs. 1 Ziff. 2).



2.11.2 Erweiterte Blaue Zone

Der Gebührenrahmen für die verschiedenen Bewilligungen im Bereich der Erweiterten Blauen Zone ist analog zu den bereits erwähnten Gebühren anzupassen (vgl. neu Art. 14 Abs. 1 Ziff. 3). Als Richtlinien zur Festsetzung der Gebühren gelten in der Regel die Tarife des öffentlichen Verkehrs.

2.11.3 Sonderparkierregelung

Die Gebühr für die polizeiliche Sonderparkierregelung soll im Maximum der Gebühr der Bewilligung für Besucher und Besucherinnen der Erweiterten Blauen Zone entsprechen (vgl. neu Art. 14 Abs. 1 Ziff. 4).

3 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung des Reglementes über das Parkieren auf öffentlichem Grund (Erweiterte Blaue Zone) vom 15. Mai 1990 (sRS 712.2) gemäss Beilage zu genehmigen.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilagen:
Parkierreglementsübersicht alt/neu
Parkierreglementsentwurf vom 17.12.03

